

ZEHN JAHRE VERNETZTE SICHERHEIT IM KOSOVO

FACHTAGUNG DES GESPRÄCHSKREISES „VERNETZTE SICHERHEIT“, BERLIN, 27. OKTOBER 2009

Aufgrund der weltpolitischen Entwicklungen nach dem Ende des Kalten Krieges und der Terroranschläge vom 11. September 2001 haben Fragen der Sicherheit für die Bürger eine große Bedeutung erlangt. War die gefühlte Bedrohung am Ende der Ära des Kalten Krieges eher gering, so hat diese, angesichts der Bilder von Terroranschlägen in der Welt, stark zugenommen. Sicherheit ist in all ihren Facetten zu einem bestimmenden politischen Streitthema geworden.

Aus diesem Grunde hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung entschlossen, einen Gesprächskreis „Vernetzte Sicherheit“ ins Leben zu rufen, mit dessen Hilfe die nicht mehr nur nationale, sondern auch internationale Kooperation bzw. Koordination verschiedenartiger Institutionen vorangebracht werden soll. Es ist das Ziel dieses Gesprächskreises, Experten aus verschiedenen Institutionen, die sich mit den oben beschriebenen Krisenszenarien befassen, auf gemeinsamen Podien zusammenzuführen, um regelmäßig aktuelle Bedrohungslagen zur Diskussion zu stellen. Auf diese Weise soll zu einer dauerhaften Vernetzung der Fachleute beigetragen werden. Auf eine gleichgewichtige Präsenz militärischer und ziviler Experten wird dabei besonderer Wert gelegt, um die oft beklagte „Sprachlosigkeit“ zwischen diesen beiden Lagern überwinden zu helfen.

Angesichts der dargestellten neuen Herausforderungen müssen die deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik ihre Konzepte, Strategien und Instrumente überdenken bzw. anpassen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist entschlossen, mit ihrem Gesprächskreis die notwendig erscheinende beratende Begleitung dieses wichtigen Anpassungsprozesses zu leisten.

Sicherheitsvorsorge kann angesichts neuartiger, international vernetzter terroristischer Bedrohungen heute nicht mehr nur „passiv“ im Rahmen einer

Landes- bzw. Bündnisverteidigung durch Abschreckung erfolgen, sondern muss in wachsendem Maße „aktiv“, nicht zuletzt auch im Rahmen gefährlicher Auslands- und Antiterrorereinsätze, erfolgen. Strebt man in Staaten, die zu zerfallen drohen, von denen terroristische Bedrohungen ausgehen und in denen organisierte Kriminalität ihr Unwesen treibt, nicht nur eine kurzfristige Stabilisierung der Lage durch Maßnahmen der Nothilfe und der militärischen Krisenintervention an, so stellt sich auch die Frage, wie man langfristig den Aufbau von staatlichen Strukturen sicherstellt, die auf Entwicklung ausgerichtet sind. Die allein militärische Reaktion reicht in solchen Fällen nicht länger aus, zumal das Militär selbst nicht über alle notwendigen Kenntnisse, Strategien und Instrumente verfügt, die für eine nachhaltige Konfliktbeilegung in den ihnen nicht vertrauten Krisengebieten erforderlich sind.

*Generalleutnant
Roland Kather
referierte zum Thema:
„Comprehensive
Approach im Kontext
des Nato Einsatzes
im Kosovo: Entwick-
lung, Sachstand,
Perspektiven“.*





Im ersten Panel ging es u. a. um die Zukunft des jetzt unabhängigen Kosovo: General Roland Kather, Michael Borchard, Emily Haber.

Das Kosovo ist dabei eines von vielen Beispielen, in denen eine militärische Intervention nur „Zeit kaufen“ kann, um die für die Beseitigung der zugrunde liegenden Konflikte notwendigen politischen Lösungen zu erarbeiten. Deshalb eignet sich das Kosovo auch hervorragend, um ein Konzept wie das der Vernetzten Sicherheit – in der Realität umgesetzt – zu analysieren. Die vielschichtigen Erfahrungen mit diesem Konflikt erlauben eine Beurteilung der Erfolge bei der Umsetzung des von der Bundesregierung immer wieder vertretenen Ansatzes der vernetzten Sicherheit.

Mit der Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen begann das internationale Engagement zur Befriedung und zum Aufbau staatlicher Strukturen im Kosovo. Da bis heute die Zielsetzungen dieser Resolution noch nicht erreicht sind, müssen die verschiedenen militärischen und zivilen, staatlichen und nicht-staatlichen sowie nationalen und internationalen Institutionen weiter erfolgreich zivilmilitärisch kooperieren, um diese ärmste Region Ex-Jugoslawiens, die durch wirtschaftliche Probleme wie hohe Arbeitslosigkeit, anhaltende politische Konflikte zwischen den Serben und Kosovo-Albanern, umfangreiche organisierte Kriminalität und Korruption weiterhin stark geschwächt ist, baldmöglichst zu stabilisieren.

Die Tagung vom Oktober 2009 sollte analysieren, wie das gemeinsame Einsatzkonzept vernetzte Sicherheit bis heute ausgesehen und welche Erfolge es bisher hervorgebracht hat (Panel 1), um dann in einer weiteren Diskussionsrunde noch stärker auf die noch zu erledigenden Aufgaben zu sprechen zu kommen und zu klären, welcher entwicklungspolitischen Anstrengungen es von deutscher Seite noch bedarf, um in Abstimmung mit dem Bundeswehreininsatz als Teil der KFOR Mission zum Staatsaufbau beizutragen und damit im Kosovo eine stabile Lage

herzustellen (Panel 2). Nur eine solche stabile Lage würde es erlauben, einigen der derzeit rund 15.000 ausreisepflichtigen Kriegsflüchtlingen, die sich in Deutschland aufhalten, eine Rückkehr in ihre Heimat nahezulegen.

VERNETZTE SICHERHEIT IM KONTEXT DES NATO EINSATZES IM KOSOVO

Aus heutiger Sicht mag die Entwicklung des Kosovo geradlinig erscheinen, an deren Endpunkt folgerichtig die Unabhängigkeitserklärung stand. Dies sei jedoch, so zumindest die Meinung der beiden Experten des ersten Panels, eine Verklärung der Vergangenheit. Keinesfalls sei eine solche Entwicklung von vorne herein so abzusehen gewesen. Diese sei nur erklärbar als Ergebnis einer langen Unrechtsgeschichte, die in den 1990er Jahren zu Gewaltverbrechen gegenüber Kosovo-Albanern und schließlich zu deren Vertreibung führte.

Mit Verabschiedung der UN-Resolution 1244 startete eine gigantische internationale Operation. Der Stabilisierungsauftrag, der damit verbunden war, zeigte von Anfang an Elemente, die man später im Ansatz der vernetzten Sicherheit wiederfand. Es war also von Beginn an kein rein militärischer Auftrag.

Vielmehr verwies General Roland Kather, ehemaliger Kommandeur der KFOR im Kosovo, darauf, dass das Militär zum einen im Ernstfall Durchschlagskraft beweisen, zum anderen sich auch um das Vertrauen der Bevölkerung bemühen sollte. Diese vom Bürgerkriegsjahrelang geschundenen Menschen brachten den internationalen Einsatzkräften, zumal den militärischen, erhebliche Zweifel entgegen. Viele von ihnen sorgten sich vor allem um das Wohl ihrer Familien und brachten für die (entwicklungs-)politischen Zielsetzungen wenig Enthusiasmus auf.

Im zweiten Panel ging es um die Erfahrungen mit der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Kosovo: Oberstleutnant Fritz Walter Grupe, Bundesministerin a.D. Claudia Crawford, Leo Kreuz.



Trotzdem, so Kather, leisteten die Projekte im Rahmen der CIMIC (Zivil-Militärische Zusammenarbeit) einen wichtigen Beitrag. Sie verbesserten – schnell und konkret – die persönliche Lebenssituation vieler armer Menschen. Das schuf Vertrauen in der Bevölkerung. Die Menschen begannen, den Walk-und-Talk-Soldaten ihre Sorgen und Nöte mit auf den Weg zu geben und entwickelten auch gegenüber dem militärischen Personal vor Ort ein neues Vertrauensverhältnis. Dies erlaubte der Bundeswehr die Erstellung noch präziserer Lagebilder, welche die Aufklärungsbemühungen der Militärs in nicht unerheblichem Maße unterstützte.

Einigen Kosovaren lag jedoch auch die politische Zukunft ihres Landes am Herzen: Sie begleiteten die diplomatischen Bemühungen mit entsprechend großer Aufmerksamkeit. Die Vertreterin des Auswärtigen Amtes (AA), Emily Haber, verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass zu Beginn der denkbar schwierigen Verhandlungen die Unabhängigkeit als Endstatus nicht abzusehen war. Beide Seiten wollten sich auf keine Power-Sharing-Vereinbarungen einlassen, weil beide noch längere Zeit an ihren Maximalforderungen festhalten wollten. Vor der konkreten Aufnahme der Statusverhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen gegen Ende des Jahres 2005 wurden deshalb erstmals Eckpunkte abgesteckt.

DIE UNABHÄNGIGKEIT DES KOSOVO: EIN PRÄJUDIZ?

Es war das Ziel der Kosovaren nicht zum status quo ante zurückzukehren und auch keinerlei politische Anbindung an Serbien mehr hinzunehmen. Trotzdem zeigte man sich bereit, so lange die Verhandlungen nicht abzubrechen, wie eine einvernehmliche Lösung noch möglich schien. Emily Haber wies auf diese besondere Sollbruchstelle der Verhandlungseckpunkte hin. Was war also zu erwarten, wenn eine Partei sich der Veränderung des Status quo auf Dauer wider-

setzte? Welches Prinzip galt dann mehr – das der einvernehmlichen Lösung oder das, dass keine Partei die Verhandlungen scheitern lassen sollte?

Schließlich kulminierten die Bemühungen der ersten Verhandlungsrunden im Jahr 2007 in dem sogenannten Ahtisaari-Paket. Das Wort Unabhängigkeit fand dabei nur in einem Begleitbrief Erwähnung, das Paket als solches konnte als statusneutral gelten. Da die Haltung Russlands zur damaligen Zeit noch unklar war, konnte die Entscheidung des UN-Sicherheitsrates auch im Ergebnis nicht vorhergesehen werden. Denkbar waren drei Szenarien: Der UN-Sicherheitsrat hätte der Unabhängigkeit zustimmen, das Ahtisaari-Paket ohne eine Entscheidung zum Status verabschieden oder die Präsenz einer internationalen Stabilisierungsmission mandatieren können. Letztere Entscheidung wurde schließlich getroffen.

Den relativ untransparenten Verhandlungen folgten ab 2007 offenere Gespräche der Troika (USA, EU und Russland), die schnell neue Probleme hervorbrachten. Die Vereinbarung, sowohl eine einvernehmliche Lösung zu finden als auch die Verhandlungen unter keinen Umständen abzubrechen, ließ sich nicht weiter aufrechterhalten. Jedes denkbare Modell für das Kosovo wurde von mindestens einer der Konfliktparteien nicht akzeptiert.

Der Europäische Rat zog im Dezember 2008 aus diesem Dilemma den Schluss, die weitere Verantwortung für den Friedensprozess im Kosovo in die Hände der Europäischen Union zu legen. Die im Ahtisaari-Paket vorgesehenen Maßnahmen sollten jetzt zügig umgesetzt werden. Dabei wurde es in das Benehmen eines jeden Mitgliedsstaates der Europäischen Union gelegt, seine eigene Entscheidung über die Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo zu fällen. Es sei wichtig festzuhalten, so Emily Haber, dass – auch wenn bis heute einige europäische Staaten die Unab-



hängigkeit nicht anerkannt hätten – dies nicht bedeute, dass der Akt der Anerkennung durch einen anderen EU-Mitgliedstaat als unrechtmäßig deklariert werden könne.

Schließlich waren auch alle Mitgliedsstaaten mit der Entscheidung, die bisher größte Rechtsstaatsmission in das Kosovo zu entsenden, unabhängig von ihrer jeweiligen Haltung in der Anerkennungsfrage, in die (Mit-)Verantwortung genommen, den erfolgreichen Abschluss dieser Mission anzustreben.

Nach Habers Ermessen weist kein anderer Fall diese konstitutiven Elemente, eine Rechtsstaatsmission zu entsenden, auf: eine langen Unrechtsgeschichte, eine umfassenden Resolution der Vereinten Nationen, langjährige Verhandlungsrunden und eine weitreichende Entscheidung der Europäischen Union. Gleichzeitig betonte sie die Konsequenzen dieses Vorgehens. Die Sorge um die mögliche Präzedenzwirkung des Falles Kosovo sei ein politischer Faktor, der dazu geführt habe, dass einige wenige europäische Staaten die Unabhängigkeit nicht anerkannt hätten. Einige afrikanische Staaten hätten dies zudem aus der Furcht heraus nicht getan, dass sich das Spannungsverhältnis zwischen territorialer Integrität und Selbstbestimmungsrecht auf Dauer in einer Weise verändern könne,

die sich negativ auf ihre eigenen Nationalinteressen und auf die Stabilität des internationalen Systems auswirken könnte.

Dass mit dieser Präzedenzwirkung auch in Zukunft Politik gemacht werden würde, zeige das Beispiel Russlands. Am 7. und 8. August 2008 marschierten russische Truppen in Südossetien und Abchasien ein. Dabei bedienten sich die dortigen Machthaber derselben Argumentationsmuster, die die internationale Gemeinschaft vom Kosovo kannte: Es handele sich um eine humanitäre Katastrophe, es gäbe eine responsibility to protect und schließlich könne man den Bewohnern der (beiden) Gebiete nicht zumuten, wieder in die territoriale Integrität Georgiens zurückzukehren. Unabhängigkeit und Anerkennung der beiden Gebiete seien deshalb durchaus gerechtfertigt. All diese Argumente seien Muster, die der Fall Kosovo hervorgebracht habe.

DISKUSSION

Mit Blick auf die erwartete Zukunft des Kosovo ließ die Diskussion Unterschiede in der Beurteilung durch die militärische bzw. zivile Seite erkennen. General Kather glaubt, dass die Menschen der Gewalt müde seien und Ruhe wollten. Man blicke deshalb mit Zuversicht auf

Zwei Bundeswehrsoldaten patrouillieren vor im Krieg zerstörten Häusern in Prizren im Kosovo am 3. April 2008.

General Roland Kather, Emily Haber.



die anstehenden Kommunalwahlen und die Wahlbeteiligung der Serben. In den serbischen Gebieten wären dagegen Konflikte mit EULEX (Rechtsstaatlichkeitsmission der EU im Kosovo) an der Tagesordnung; Parallelstrukturen beherrschten das Geschehen. Emily Haber gab dagegen zu bedenken, dass die Anwesenheit von EULEX Fakten schaffe, die eine neuerliche Teilung des Landes erschwerten. Sie geht davon aus, dass die Entscheidung Advisory Opinion des Internationalen Gerichtshofes die Frage nach einer Teilung aufwerfen könne. Doch stünde EULEX für die territoriale Integrität des Kosovo, das zunehmend an der Integration der Parallelstrukturen arbeite. Hierfür wäre ein eigens für die EULEX angelegter Comprehensive Approach sinnvoll, der sich auch der organisierten Kriminalität widme. Mit Ausnahme von Bosnien und Serbien hätten schließlich alle Staaten der Region die Unabhängigkeit des Kosovo inzwischen anerkannt. Die Panellisten waren sich darin einig, dass dies ein Indiz dafür sei, dass die Unabhängigkeit des Kosovo von den meisten Nachbarstaaten als ein Schritt zur Stabilisierung der Region betrachtet werde.

Auf die Frage, wie sie die heutige Dynamik zwischen Serbien und Russland sehe, antwortete Haber, dass das Kosovo für Russland (besonders in Bezug auf die Energieversorgung) keine unmittelbare Rolle spiele, Serbien aber schon. Sie sehe in dem Energiedeal, den Russland mit Serbien abschloss, bevor es zwei Tage später im UN-Sicherheitsrat für eine Verlängerung des Mandats der internationalen Organisationen im Kosovo (gegen den Willen Serbiens) stimmte, vor allem einen Akt der „Treulosigkeit“. Dieses Energiegeschäft ginge zu Lasten von Serbien. Allerdings habe Russland durchaus im Bild, dass Serbien eine Beitrittsoption für die EU habe und dort „später“ als „bester Freund Russlands“ agieren könne. Dementsprechend sei Serbien eine langfristige Investition für Russland.

Ein Diskutant, der gerade von einer Reise in das Kosovo zurückgekehrt war, äußerte die Auffassung, dass es für die Menschen dort momentan besonders wichtig sei, der organisierten Kriminalität Herr zu werden. Die Menschen vor Ort würden der EULEX den Vorwurf machen, nicht genug gegen solche Politiker zu unternehmen, die offensichtlich in die organisierte Kriminalität verstrickt seien.

Es bestehe deshalb bis heute kein uneingeschränktes Vertrauen in die Regierung. Auf die Frage, weshalb diesbezüglich nicht mehr unternommen werde, wurde darauf verwiesen, dass die UNMIK (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo) sich zwar bemühe, es aber sehr schwierig sei, Beweise, Zeugen, usw. zu finden. Die meisten Berichte seien spekulativ und würden deshalb als Unterstellungen abgetan. Man müsse solchen ungelösten Problemen durch ein bestimmtes Wahlverhalten Ausdruck geben und solche Kandidaten unterstützen, die ganz offensichtlich nicht in die organisierte Kriminalität verstrickt seien. Es sei jedoch zweifellos so, dass der Weiterentwicklung von Rechtsstaatlichkeit auch in Zukunft eine herausgehobene Bedeutung beizumessen sei. Es sei dabei unbestritten, dass sich auch EULEX weiter diesem Problem stellen müsse. Zwar seien immer wieder Mitglieder der organisierten Kriminalität verfolgt und verhaftet worden, da die kosovarische Gesellschaft jedoch sehr stark durch ihre Clanstrukturen geprägt sei, habe dies noch zu keinen besonderen Fahndungserfolgen beigetragen.

Die Frage, ob es immer noch zu Schwierigkeiten bei der Polizeiausbildung käme, da verschiedene Ethnien nicht miteinander kooperieren wollten, wurde bejaht. Deshalb müssten polizeiliche Aufgaben auch weiterhin durch ausländische Akteure wahrgenommen werden. Grundlegend militärische Aufgaben gebe es dagegen immer weniger. Deshalb könne man damit beginnen, über eine Reduzierung des militärischen Einsatzpersonals nachzudenken.



*Teilnehmer des
Gesprächskreises im
Dialog: General a.D.
Klaus-Willi Gauchel,
Ministerialrat a.D. Heinz
Albach, Oberst Thorsten
Poschwatta, Oberst Rainer
Meyer zum Felde (links)*

Leo Kreuz (rechts)

Da es weiterhin schwierig sei, in die kosovarische Gesellschaft demokratische Standards „einzupflanzen“ und genügend Multiplikatoren zu mobilisieren, welche die Entwicklung zu mehr Rechtsstaatlichkeit fördern könnten, gelte es, die internationalen Akteure (ICO, ICR und EULEX) so lange vor Ort zu belassen, bis die im Mandat festgelegten Standards erfüllt seien. Man müsse sich dabei aber immer vor Augen führen, dass man als Gast im Land sei und nicht als Besatzer. Dementsprechend sollte man Hilfe zur Selbsthilfe leisten und den Kosovaren nicht etwa den German way of life überzustülpen versuchen. Man leiste vielmehr einen Beitrag zur Selbstverantwortung im Rahmen der autochthonen Kultur.

Da man den Kosovo jedoch als Teil Europas und als potentielles Mitglied der EU sehe, sollte man auf absehbare Zeit wohl auch gewisse europäische Standards erwarten dürfen.

Verwiesen wurde zudem noch auf das Problem des Mangels an Übersetzern. Es komme häufig vor, dass Dolmetscher ihre eigenen (politischen) Positionen bzw. Interpretationen in die vielen (Simultan-)Übersetzungen einfließen ließen. Die Dolmetscher seien sehr häufig mit bestimmten Clans verflochten und somit bestehe immer das Risiko, dass Informationen aus diesen Gesprächen nach außen dringen.

Deshalb wäre es wünschenswert, wenn auch unsere militärischen Einsatzkräfte – so wie es bei amerikanischen Soldaten in Afghanistan üblich ist – die Sprache der Bevölkerung des Einsatzgebietes erlernten.


Auf die Frage, wie groß die Chancen seien, dass die fünf EU-Staaten, die die Unabhängigkeit des Kosovo bisher noch nicht anerkennen, dies in Zukunft tun werden, wurde darauf verwiesen, dass erst nach der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs im

Frühjahr 2010 eine Antwort gegeben werden könne. Man sehe durchaus gute Chancen dafür, dass das Richtertribunal zu der Entscheidung kommen wird, die Unabhängigkeit sei völkerrechtskonform. Sollte dies so sein, müsse sich Serbien einen neuen Kurs überlegen, da die Forderung nach neuen Verhandlungen dann nicht mehr aufrecht zu erhalten wäre. Dann käme eventuell die Stunde für einen sogenannten Grundlagenvertrag, in dem Serbien sein Verhältnis zum Kosovo klar definieren müsse, wenn es seine Aussichten auf einen EU-Beitritt wahren wolle. Die EU werde sich nicht als Geisel nehmen lassen, um die Beziehungen zwischen Nachbarstaaten zu klären.

Mit Blick auf die (entwicklungs-)politischen Errungenschaften des KFOR-Einsatzes sei bisher der Eindruck entstanden, dass es trotz der verhältnismäßig guten Ausgangslage noch nicht gelungen sei, eine wirklich synchrone Vorgehensweise der internationalen Akteure sicherzustellen.

Dem wurde entgegengehalten, dass es immer einen gewissen institutionellen Ehrgeiz sowie ein Konkurrenzdenken gebe. Dies habe sich auch bei der „Stoffübergabe“ zwischen UNMIK und EULEX gezeigt. Zudem sei EULEX nicht eine einfache Fortsetzung der UNMIK, sondern mit einer neuen institutionellen Wirklichkeit verbunden, die aber weiterhin unter dem Dach der Vereinten Nationen stehe. Man bleibe aber bestrebt, mit einer Stimme zu sprechen, auch wenn dies stark von einzelnen Personen und Nationalitäten abhänge.

Auf die Frage, ob es in den mehrheitlich von Serben bewohnten Gebieten des Kosovo Verhandlungen über die Legalisierung von sogenannten Parallelstrukturen gebe, wurde darauf verwiesen, dass man in den südlichen Gemeinden eine positive Entwicklung sehe, es in den angesprochenen nördlichen Gebieten aber sehr



Oberstleutnant
Fritz Walter
Grupe



schwierig sei, weil dort die sogenannte Parallelstrukturen wohl mit der organisierten Kriminalität verweben seien. Es werden jedoch Gespräche darüber geführt, wie man auch dort den Zoll, die Polizei und die sonstigen Staatsaufgaben noch besser organisieren könne.

Wie man den Leuten vor Ort besser erklären könne, was genau die Zielsetzung von EULEX sei, wurde mit der Bemerkung begegnet, dass viele Kosovaren glauben, EULEX sei dazu da, vor allem die serbischen Kriegsverbrechen aufzuklären. Die Serben verhinderten deshalb die Gemeindebildung, weil sie kein Interesse hätten, der Anerkennung des Kosovo Vorschub zu leisten. Deshalb würden die Serben wohl auch nicht an der kommenden Kommunalwahl teilnehmen.

PRAKTISCHE ERFAHRUNGEN MIT VERNETZTER SICHERHEIT IM KOSOVO

Die praktizierte vernetzte Sicherheit auf operativer Ebene muss noch deutlich verbessert werden. Darüber waren sich die Experten des zweiten Panels, Leo Kreuz vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und Oberstleutnant Walter Grupe, ehemaliger Kompaniechef der deutschen CIMIC-Einheit in Prizren, einig.

Ihren Ausführungen zufolge besteht bis heute noch Klärungsbedarf, ob bzw. worin sich die CIMIC-Aktivitäten der Bundeswehr und die entwicklungspolitischen Anstrengungen des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) durch seine Durchführungsorganisationen vor Ort tatsächlich grundsätzlich unterscheiden. Dabei wurde darauf verwiesen, dass das Verständnis von CIMIC sich im Laufe der Jahre gewandelt habe. Erste zivil-militärische Zusammenarbeit hatte es früher schon bei Naturkatastrophen gegeben. Nahezu ähnlich erschien vielen die Lage zu Beginn des Einsatzes im Kosovo. Nach dem Einzug internationaler Verbände stellten die verant-

wortlichen Offiziere und Leiter von Entwicklungsorganisationen ein katastrophales Lagebild zusammen: Es gab etwa 1,3 Millionen Flüchtlinge, fünfzig Prozent aller Häuser und siebzig Prozent aller Straßen waren zerstört. Um die Flüchtlinge von Anfang an in den Prozess des Wiederaufbaus mit einzubeziehen, sorgte die Bundeswehr mit den CIMIC-Einheiten zunächst für humanitäre Soforthilfe.

Schon bald danach gelangte man zu der Überzeugung, dass auf nationaler Ebene ein Element geschaffen werden sollte, das befähigt schien, die Aufgabe des Wiederaufbaus zu übernehmen. CIMIC sollte dabei zwischen den militärischen Aufgaben und den entwicklungspolitischen Anstrengungen als Scharnier dienen.

Es war dabei auch das Ziel von CIMIC, militärische Führer hinsichtlich der möglichen Wirkungen ihres militärischen Handelns auf die Zivilbevölkerung zu beraten. Mit seinem Beitrag zum Wiederaufbau erhöhte CIMIC die Akzeptanz des gesamten Einsatzes. CIMIC stellt auch Verbindungen zu den zahlreichen sonstigen zivilen Akteuren im Einsatzgebiet her. Auf diese Weise erhielt man ein noch realistischeres Lagebild. Die Stehzeit der Soldaten soll deshalb auch von derzeit sechs Monaten auf bis zu zwölf Monate verlängert werden, weil der Informationsbedarf zur Erstellung der besagten detaillierten Lagebilder bleibt, die Truppenstärke in Zukunft aber eher abnehmen wird.

Leo Kreuz betonte in seinen Ausführungen, dass ihm der Ansatz der vernetzten Sicherheit bis heute immer noch nicht vollständig klar sei. Für ihn gelte, dass vernetzte Sicherheit mehr sein müsse als die Beimischung von zivilen Komponenten in militärische Operationen. In diesem Zusammenhang stelle sich vor allem die Aufgabe, die verschiedenen Stile, Kulturen und Arbeitsweisen der beteiligten Militärs, der Vertreter der Entwicklungshilfe und des Auswärt-



Auch Bundeswehrangehörige nahmen an der Veranstaltung des Gesprächskreises teil.

Eine Werbetafel der KFOR (Kosovo Force) an einer belebten Straße in Pristina, aufgenommen am 6. April 2008.

tigen Amtes zusammenzuführen. Man müsse dabei in Betracht ziehen, dass in Phasen großer Instabilität mit andauernden militärischen Scharmützeln eine solche Zusammenarbeit manchmal gar nicht möglich sei und diese nur als aufeinander folgende Phasenaktivitäten umgesetzt werden kann.

Weiter verwies er darauf, dass die Kosten für andert-halb Jahre EULEX-Mission 205 Millionen Euro betragen, dem BMZ demgegenüber nur 26,5 Millionen Euro für Projektaktivitäten im Kosovo 2009 zur Verfügung stünden. Daneben gäbe es ein Heer anderer Hilfsorganisationen und internationaler Geber.

Dabei stimmten die beiden Experten prinzipiell der Aufgabenteilung zu, dass CIMIC bei der Bevölkerung Vertrauen schaffe und die Akzeptanz des militärischen Einsatzes erhöhe und die Entwicklungspolitik in diese neu geschaffene Sicherheit hinein ihre Projekte lanciere. Nicht umsonst sei die KFOR der beliebteste internationale Akteur im Land. Da die Expertise im Wiederaufbau jedoch beim BMZ liege, werde sich die Bundeswehr immer mehr auf ihre Liaison Monitoring Teams konzentrieren und sich in ihren CIMIC-Aktivitäten auf das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe konzentrieren. Den Liaison Monitoring Teams fallen dabei die Aufgaben des Monitoring, also der Ermittlung von Informationen zur Erstellung eines Lagebildes, und der Herstellung von Kontakten zur Durchführung weiterer entwicklungspolitischer Aktivitäten zu. Derzeit gebe es rund dreißig solcher Feldstationen.

Beide Experten sprachen sich für eine bessere Abstimmung der einzelnen Ressorts aus. Schließlich müsse auch der deutsche Beitrag zur Entwicklung rechtsstaatlicher Strukturen im Kosovo vernünftig geplant und effizient ausgeführt werden. Ressort-eifersüchteleien und Kompetenzgerangel führten in der Bevölkerung im Einsatzgebiet zu Unverständnis und seien auch der deutschen Öffentlichkeit nicht zu vermitteln.

DISKUSSION

In der Diskussion wurde zuerst auf die Unterschiede in der Lagebeurteilung des Kosovo im Jahre 2003 und im Jahre 2009 eingegangen. Vor allem die Infrastruktur habe sich in dieser Zeitspanne erheblich verbessert. Man bemerke einen enormen Wirtschaftsaufschwung, obwohl die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise wohl auch vor dem Kosovo nicht halt machen werde.

Dabei wurde jedoch auch darauf verwiesen, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Kosovo auch bestehen würden, wenn dieser nicht unabhängig geworden wäre. Bedauerlich bleibe, dass sich die persönliche Situation der Kosovaren auch nach anderthalb Jahren Unabhängigkeit nicht spürbar verbessert habe. Auch sei der Eindruck entstanden, die Kosovaren würden nur ungern Hilfe annehmen. Die das alltägliche Leben weiterhin bestimmenden Familienverhältnisse stellten bis heute ein großes Hindernis dar, einen funktionierenden Rechtsstaat zu etablieren. Die KFOR genieße große Anerkennung; die EULEX Mission dagegen würde nur wenig unterstützt und die Präsenz der vielen internationalen Organisationen würde als freundliche Besatzung empfunden.

Auf die Frage, ob die Aufgaben von CIMIC nicht klassischer Entwicklungsarbeit entsprächen und warum KFOR diese besser machen könne als die klassischen entwicklungspolitischen Akteure, wurde erwidert, dass man bei CIMIC immer herauszufinden versuche, mit welchen weiteren Akteuren man zusammenarbeiten könne, um dann deren Fähigkeiten zu analysieren.

CIMIC sei dabei, da es kein eigenes Budget habe, immer auf die finanziellen Beiträge des BMZ bzw. AA angewiesen. Die Zusammenarbeit mit der GtZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) und dem BMZ, die über die deutsche Botschaft läuft, sei immer sehr gut gewesen, hänge aber naturgemäß von den einzelnen Akteuren ab.



Auch Leo Kreuz bestätigte, dass die enge Zusammenarbeit mit den Soldaten vor Ort von Anfang an problemlos verlaufen sei. Die Erfahrung in der Kooperation mit den kosovarischen Partnern sei bei weniger sensiblen Themen gut, wozu zum Beispiel die Berufsausbildung und Grundbildung, die Schaffung der Pro-Credit Bank sowie Rechtsberatung im Katasterwesen zählten. Aspekte wie zum Beispiel die lokale Stromversorgung seien für alle Mitglieder der dortigen Gemeinschaft interessant. Er wies darauf hin, dass die Arbeit des BMZ natürlich „regierungslastig“ sei, weil man nur auf dieser Ebene verhandeln könne, da man quasi selber Regierung sei. Wenn die Themen oder die Lage vor Ort zu heikel würden, müsse sich das BMZ zurückziehen.

Ein Teilnehmer zeigte sich verwundert darüber, dass das BMZ noch immer Probleme mit dem Ansatz der vernetzten Sicherheit zu haben scheine, obwohl dieser Ansatz schon im Jahre 2007 den Weg ins Weißbuch des Verteidigungsministeriums und in die Afghanistan-Strategie der Bundesregierung gefunden habe. Er sehe die Gefahr, dass das BMZ eine Nebenaußenpolitik betreibe und würde deshalb begrüßen, wenn das BMZ in besonderem Maße vor allem auch in den Krisenregionen tätig werden würde, wo es zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr gekommen sei.

Auf die Frage, ob es angesichts der unterschiedlichen Welten des Militärs und des NGO-Sektors („Pazifisten“) überhaupt funktionieren könne, diese in „eine Kiste zu stecken“, wurde darauf verwiesen, dass es bei allen Unterschieden vor allem darum gehen müsse, die unterschiedlichen Kenntnisse und Fähigkeiten im BMZ, Verteidigungsministerium und Auswärtigen Amt zu nutzen und die jeweiligen Instrumente effektiv einzusetzen.

Der Kritik, dass es ein größeres systematisches Problem zwischen dem AA und dem BMZ gebe und dass es besonders in Krisenregionen wie Afghanistan eines gemeinsamen Nenners bedürfe, wurde mit dem Argument begegnet, dass auch bei einem gemeinsamen Ansatz wie dem der vernetzten Sicherheit die politische Leitung den Ton angeben müsse und man nur wünschen könne, dass eine Entideologisierung der Entwicklungszusammenarbeit stattfinden möge. Viele sähen weiterhin im Auswärtigen Amt die meisten Kenntnisse und Fähigkeiten zur erfolgreichen Koordination zwischen den verschiedenen deutschen Akteuren. Dass dies heute im Kosovo schon besser gelinge als noch vor Jahren in Bosnien, war die Einschätzung eines weiteren Diskussionsteilnehmers.



Ein österreichischer Soldat der Militärpolizei durchsucht im Beisein von deutschen Bundeswehrsoldaten im Rahmen einer Straßenkontrolle nördlich von Mitrovica am 4. April 2008 die Tasche eines Autofahrers.

Im Kosovo seien die Clanstrukturen allerdings viel komplizierter, als sie in den Vorträgen dargestellt wurden. Die Clans seien der Schlüssel für die lokale Sicherheit und deshalb vor allem auch für die Dorfbewohner sehr wichtig. Deshalb müsse mit ihnen noch stärker zusammengearbeitet werden. Dass dies jetzt geschehe, sei positiv und einige Clans gehen heute sogar auf die CIMIC-Soldaten zu, um mit ihnen zusammen zu arbeiten (connecting people).

Weiter wichtig bleibe die Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität. Dies bleibe auch Teil der Aufgabe der EULEX Mission. Allerdings träten nur sehr selten gerichtsrelevante Beweise gegen die Mitglieder der organisierten Kriminalität zutage. Es bleibe zudem wichtig, zu einer Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung beizutragen. Dabei spiele die Energiefrage eine Schlüsselrolle (Kohlekraftwerke, Stromleitungen). Die schlechte Infrastruktur führe dazu, dass es schwierig sei, den Strom an alle potentiellen Endverbraucher zu liefern. Zudem sei der Stromverbrauch enorm gestiegen.

Auf den Hinweis, dass es bereits Probleme bei der Vernetzung der Institutionen in Deutschland gebe und man über Möglichkeiten nachdenken sollte, die einzelnen Ressorts auf der Basis gemeinsamer Einsatzbudgets besser zu koordinieren, wurde mit dem Argument begegnet, dass es sich bisher als zu schwierig erwiesen habe, das Ressortprinzip zu überwinden und man deshalb wohl weiterhin auf dieser Grundlage arbeiten müsse. Es müsse der Bundesregierung aber bewusst sein, dass sie, wenn sie einem Ressort ein bestimmtes Mandat gebe, es dieses dann auch ausreichend mit Mitteln ausstatten müsse.

Immerhin gebe es bereits regelmäßige Treffen auf Staatssekretärebene und im neuen Koalitionsvertrag sei bereits von einem „neuen“ Koalitionsausschuss die Rede.

Eine gemeinsame Mandatierung der unterschiedlichen Beiträge der verschiedenen Bundesressorts hätte den Vorteil, dass nicht nur wie bisher die militärische Komponente Rechenschaft vor dem Parlament ablegen müsste, sondern auch die anderen Ressorts eine Art Rechenschaftsbericht über ihre tatsächlichen Beiträge zur Stabilisierung in den jeweiligen Krisengebieten vorlegen müssten. Dadurch könne ein gewisser Druck in Bezug auf die Implementierung der verschiedenen Projektpläne entstehen. Andere Diskutanten sahen dagegen keine rechtliche Grundlage für eine Rechenschaftspflicht ziviler staatlicher Organe vor dem Parlament und betonten die Andersartigkeit der Rechenschaftspflicht des Militärs. Zudem würden im Auswärtigen Ausschuss die Beiträge der zivilen Bundesressorts durchaus hinterfragt und natürlich würden die zweckgebundenen Ausgaben etwa des BMZ regelmäßig der Überprüfung durch den Haushaltsausschuss unterzogen.

Abschließend wurde noch einmal der Umstand hervorgehoben, dass die internationale Gemeinschaft mit dem Kosovo einen Staat gegründet bzw. anerkannt habe, der noch für eine geraume Zeit nicht selbstständig lebensfähig erscheine. Diese Realität müsse anerkannt werden, unabhängig davon, ob man für oder gegen die Unabhängigkeitserklärung war. Sollten sich auch in Zukunft die persönlichen Lebensumstände der Menschen nicht deutlich verbessern, dann wären die Zweifel berechtigt, dass nach der Realisierung der Unabhängigkeit die Hoffnung auf individuelle Prosperität noch eine ganze Weile unerfüllt bleiben wird.

NACHTRAG: WAHLEN IM KOSOVO

Am 15. November 2009 fanden dann im Kosovo die ersten landesweiten, in der alleinigen Verantwortung der kosovarischen Selbstverwaltung liegenden, (Kommunal-) Wahlen statt, seit sich der Kosovo von Serbien für unabhängig erklärt hatte. Mehr als 30 Parteien konkurrierten in 36 Gemeinden um die 746 kommunalen Abgeordnete.



Am 15. November 2009 fanden die ersten Kommunalwahlen seit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo statt: Hier ein Wahllokal in Pristina.

tenmandate. Viele sahen in dieser Stimmabgabe einen wichtigen Test, um beurteilen zu können, inwieweit sich der Demokratisierungstrend im Kosovo verfestigt hatte. Wichtig erschienen in diesem Zusammenhang vor allem die Ergebnisse in den Gemeinden mit überwiegend serbischer Bevölkerung, die bisher wegen des Wahlboykotts der Serben bei den letzten Lokalwahlen im Jahre 2007 von albanischen Bürgermeistern geführt wurden.

Die Wahlen verliefen weitgehend ruhig, was als ein sehr positives Zeichen der wachsenden Stabilität des Kosovo bewertet wurde. Zwar waren die im Kosovo ansässigen Serben auch diesmal wieder aufgefordert worden, nicht an den Wahlen teilzunehmen, weil dies als eine Anerkennung kosovarischer Souveränität angesehen werden konnte; trotzdem nahmen deutlich mehr Wähler als beim letzten Mal teil, darunter auch deutlich mehr Serben.

Kosovarische Spitzenpolitiker äußerten sich entsprechend positiv über den Wahlverlauf. Dabei bezogen sie sich vor allem auf die relativ hohe Wahlbeteiligung der serbischen Minderheit in Zentralkosovo. In anderen mehrheitlich serbisch bewohnten Gemeinden führte der neuerliche Boykottaufruf aus Belgrad jedoch dazu, dass die Wahlbeteiligung der serbischen Mehrheit dort bei unter einem Prozent lag. Diese Gemeinden werden also auch in Zukunft wieder durch albanische Bürgermeister mit Unterstützung eines albanischen Gemeindeparsaments verwaltet. Viele der anderen Bürgermeisterämter müssen zudem noch in einer Stichwahl am 13. Dezember entschieden werden.

Kosovarische Politiker zeigte sich zufrieden, dass Belgrad nicht mehr alle Serben im Kosovo hinter sich bzw. den Boykottaufruf scharren konnte. Wenn sich für die mehrheitlich serbischen Gemeinden, die nun ihre eigene Verwaltung stellen, das Wahlergebnis auch positiv auf die Entwicklung ihrer Gemeinden und des

Lebensstandards der Bewohner auswirken sollte, könnte das auch auf die anderen serbischen Gemeinden durchaus anziehend wirken. Die kosovarische Regierung wäre also klug beraten, diesen Gemeinden eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Im Nachgang zu diesen erfolgreichen Kommunalwahlen entschieden die 27 EU-Mitgliedstaaten am 7. Dezember 2009, das Interimsabkommen über Handelserleichterungen als ein Teil des Assoziierungsabkommens mit Serbien ab dem 1. Januar 2010 auch in der EU in Kraft treten zu lassen und damit ihre Blockade aufzugeben. Serbien hatte das Abkommen bereits seit Januar dieses Jahres einseitig in Kraft gesetzt. Nach der Entscheidung der EU, ab dem 19. Dezember 2009 die Visum-Freiheit einzuführen, wurde somit innerhalb kurzer Zeit ein zweites wichtiges Ziel erreicht. Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) muss allerdings weiterhin auf die Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten warten.

Die Niederlande hatten bisher die Umsetzung der beiden Abkommen blockiert, weil die zwei noch flüchtigen Angeklagten des VN-Tribunals für Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien, Ratko Mladić und Goran Hadžić, bisher noch nicht gefasst wurden. Deren Festsetzung und Überstellung nach Den Haag wäre eine Handlung, welche auch die die niederländische Regierung dazu bewegen könnte, der Inkraftsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen Serbien und der EU nach der nächsten Berichterstattung im Juni 2010 zuzustimmen. Am 16. Dezember erklärte der niederländische Außenminister Maxime Verhagen in Belgrad zu dieser Frage, dass die EU grundsätzlich bereit sei, Serbien als Vollmitglied in ihre Reihen aufzunehmen. Allen sei klar, dass Serbien große Fortschritte mache, aber erst wenn das Haager Tribunal bestätige, dass Serbien in der Frage der Kriegsverbrechen vollständig kooperiere, werde es zu weiteren Verhandlungen bzw. Schritten zur Aufnahme Serbiens in die Europäische Union kommen.



KAS NACHWUCHSJOURNALISTIN ÜBERREICHT BROSCHÜRE ZUM THEMA „EINSATZ – MIT DER BUNDESWEHR IM KOSOVO“ AN GENERALLEUTNANT ROLAND KATHER

Bettina Schwarzmann, Stipendiatin der Journalisten-Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung (JONA), überreichte am 27. Oktober 2009 Generalleutnant Roland Kather aus Anlass einer Veranstaltung des Gesprächskreises Vernetzte Sicherheit zu „10 Jahre Vernetzte Sicherheit im Kosovo“ in der Akademie der Konrad Adenauer Stiftung die Broschüre „Einsatz – Mit der Bundeswehr im Kosovo“.

Insgesamt 16 JONA-Stipendiaten hatten an dem 70 Seiten umfassenden und im DIN-A4-Format produzierten Magazin mitgeschrieben. Fünf Tage besuchte die Gruppe das Feldlager der Multi National Task Force South in Prizren und informierte sich über die Arbeit des 22. Deutschen Einsatzkontingents. Ziel des Projekts war es, die nötige Authentizität in der Berichterstattung sicherzustellen, indem man zwischen Medien und Streitkräften einen offenen und vertrauensvollen Umgang pflegt. Die Orte und Themen der Rechercheaufträge waren sehr breit angelegt, professionell illustriert mit dutzenden Fotos und ansprechendem Layout. „Wer über längere Zeit Soldaten journalistisch begleitet, lernt die Denkweise deutscher Staatsbürger in Uniform kennen“, schreibt Marcus Nicolini im Editorial.

Entstanden ist ein thematisch sehr facettenreiches Magazin. Es beleuchtet die Realität der Einsätze am Beispiel des Kosovo aus ganz unterschiedlichen Perspektiven. Insgesamt 1.000 Exemplare des Einsatz-Magazins wurden inzwischen den Streitkräften zur Verfügung gestellt und sollen über die Jugendoffiziere der Bundeswehr und die Leiter der Informationsarbeit verteilt werden.

DIE JOURNALISTEN-AKADEMIE DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Seit 1979 haben Studierende aller Fachrichtungen die Möglichkeit, noch während des Studiums bei der KAS zum Journalisten ausgebildet zu werden. Inzwischen haben mehr als 800 Absolventen die Ausbildung der Journalistischen Nachwuchsförderung (JONA) durchlaufen.



Herausgeber

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin*

Text und Redaktion

*Dr. Michael A. Lange,
Franziska Schwarzmann*

Fotos

*Christian Echle,
Tobias Wangermann,
dpa (Seite 4, 9, 10, 11)*

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2010

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin*

ISBN 978-3-941904-31-6

www.kas.de